



# Vergleich der Wahlprogramme SPD - Grüne - DIE LINKE (Langfassung 11.07.2013)

Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
<p><b>1. Gute Arbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mindestlohn</li> <li>• Leiharbeit</li> <li>• Werkverträge</li> <li>• Gewerkschaftspolitik und Arbeitszeitverkürzung</li> </ul> <p><b>2. soziale Grundrechte/Hartz IV</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hartz-IV-Regelsatzhöhe</li> <li>• Sanktionen</li> <li>• Bedarfsgemeinschaften</li> <li>• Rhetorik</li> </ul> <p><b>3. Rente</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rentenniveau</li> <li>• Mindestrente</li> <li>• Renteneintrittsalter</li> <li>• Argumentation: Mindestlohn und Altersarmut</li> </ul> <p><b>4. Ostdeutschland</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Renten und Löhne angleichen</li> </ul> <p><b>5. Geschlechtergerechtigkeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Equal Pay</li> <li>• Quote</li> <li>• Gleichbehandlung</li> </ul> <p><b>6. Gesundheit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Krankenhäuser</li> <li>• Solidarische Gesundheitsversicherung („solidarischer Bürgerversicherung“)</li> </ul> <p><b>7. Familie</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinderarmut</li> <li>• Ehegattensplitting</li> <li>• Kita</li> <li>• Betreuungsgeld</li> </ul> <p><b>8. Steuern</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vermögensteuer</li> <li>• Vermögensabgabe</li> <li>• Erbschaftsteuerreform</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanztransaktionssteuer</li> <li>• Ehegattensplitting</li> <li>• Einkommensteuer („Steuerbauch“)</li> <li>• Abgeltungsteuer</li> <li>• Unternehmensbesteuerung</li> <li>• Managervergütung/Höchsteinkommen</li> </ul> <p><b>9. Mieten</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mietobergrenzen</li> <li>• Sozialer Wohnungsbau</li> <li>• Maklercourtage</li> </ul> <p><b>10. Rekommunalisierung / öffentliches Eigentum</b></p> <p><b>11. Frieden</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abzug aus Afghanistan</li> <li>• Verbot von Rüstungsexporten</li> </ul> <p><b>12. Sozial-ökologischer Umbau</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Atomausstieg</li> <li>• Kohlkraftwerke</li> <li>• Fracking</li> <li>• Erneuerbare Energien (Ausbauziele)</li> <li>• Strompreisaufsicht</li> <li>• Verbot von Stromsperrern</li> <li>• soziale Strompreistarife</li> </ul> <p><b>13. Demokratie</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bürger- und Volksentscheide</li> <li>• Wahlrecht</li> <li>• Lobbyismus und Parteispenden</li> </ul> <p><b>14. Krise/Europa</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kürzungspolitik</li> <li>• Bankenregulierung</li> <li>• Verursacher der Krise zur Kasse</li> </ul>	

Wahlprogrammssynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
<b>1. Gute Arbeit</b>  <b>Mindestlohn</b>	Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, einheitlich in Ost und West. Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen	-Allg. gesetzl. Mindestlohn von mindestens 8,50€; Verbot unterschreitender Tarifverträge -Bedingung für Mindestausbildungsvergütung prüfen  -Mindestbedingungen für Praktika verbindlich regeln (Vertrag, Vergütung u. Zeugnis)	<b>10€/Stunde sofort</b> , Höhe jährlich überprüfen (bis zum Ende der Wahlperiode auf 12 Euro steigen) Erleichterung Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen	SPD will mit der Betonung der Überwindung der Ostunterschiede von je nach Branche 15-45% unterhalb Westniveau punkten; auch für ihr Angleichungskonzept bei der Rente zentral (wollen Hälfte der Differenz über Lohnangleichung schaffen)
<b>Leiharbeit</b>	Leiharbeit und Schein-Werkverträge sowie befristete und geringfügige AV zurückdrängen zugunsten guter unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeitsverhältnisse.  Equal pay&equal treatment; Verbot des Einsatzes v. Leiharbeiter als Streikbrecher; Verbot der Befristung im Leiharbeitsverhältnis und Synchronisationsverbot;	Equal pay&equal treatment, zusätzlich Flexibilitätsbonus	<b>Verbot d. Leiharbeit</b> -bis zur Umsetzung: Gleicher Lohn für Leiharbeitsbeschäftigte mit Stammbeschäftigten bei vergleichbarer Tätigkeit.  - <b>Flexibilitätszulage</b> in Höhe von 10 Prozent für Leiharbeitsbeschäftigte	
<b>Werkverträge</b>	Regulierung von Werkverträgen als Umgehungstatbestände	-Missbrauch von Werkverträgen und Scheinselbständigkeit durch eine klare Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen verhindern	-Missbrauch von Werkverträgen unterbinden	
<b>Gewerkschaftspolitik und Arbeitszeitverkürzung</b>	Stärkung der Tarifpolitik, um die Lohnunterschiede in Ost und West zu beseitigen; Berücksichtigung der Anzahl der Leiharbeiter bei der Feststellung der Anzahl der AN eines Betriebes; Mindestkatalog bei der Unterneh-	Mitbestimmungsrechte müssen der sich veränderten Arbeitswelt gerecht werden. Das gilt für den Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen im Betrieb, für ausländische Rechtsformen von Unternehmen genauso wie für einen zeitgemäßen Beschäftigtendatenschutz.	Ausdehnung der Mitbestimmung bei Leiharbeit und Werkverträgen; <b>Max. Höchstarbeitsdauer von 48h auf 40 h/Woche senken</b> Begrenzung der Überstunden. 2x im Arbeitsleben Recht auf Sabbathjahr.	<b>Kollektive Arbeitszeitverkürzung als Alleinstellungsmerkmal der LINKEN</b>

Wahlprogrammssynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
	mensmitbestimmung und Senkung des Schwellenwertes bei der paritätischen Mitbestimmung auf 1000 AN Mehr Zeitautonomie für AN, Abbau d. Belastung durch überlange Arbeitszeit		Übergang vom 8 Stunden-Tag zum 6 Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich und damit Schaffung d. Voraussetzungen für Vollbeschäftigung	
<b>2. soziale Grundrechte /Hartz IV</b>  <b>Regelsatzhöhe</b>	Keine konkrete Höhe genannt, „Grundsicherung... so gestalten, dass sie den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt [sic!]. Das heißt: ein transparentes und sachgerechtes Verfahren, realitätsnah und nachvollziehbar.“ (S. 62)	420 € auf 420 € anheben und jährlich auf Angemessenheit überprüfen. Neuberechnung 2014 verfassungskonform gestalten, d.h. „verdeckt Armen“ und „kleinen Aufstocker“ (Zuverdienst bis 100 €) aus Bezugsgruppe nehmen. Mittel für Bildung und Teilhabe in Kindergrundsicherung aufnehmen Aufhebung der Anrechnung des Elterngeldes auf den Regelsatz	<b>kurzfristig 500 Euro</b> Regelsatz, Konzept einbringen, „Wir wollen ein Konzept einbringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unter 1.050 € liegt“ (S. 17)	SPD-Formulierung: offen, auch Erhöhung möglich; LINKE „Konzept 1050“ legt Pauschalierung der Leistung nahe > Bruch mit Systematik Regelsatz + KdU
<b>Sanktionen</b>	Keine Ausführungen (BTF hat sich zumindest gegen die verschärften Sanktionen von Jugendlichen ausgesprochen) Zumutbarkeitskriterien durch Mindestlohn entschärft	„Die Zahlung einer sozialen Grundsicherung soll weiterhin an die Bereitschaft geknüpft werden, der Gesellschaft etwas zurückzugeben und sich um eine eigenständige Existenzsicherung zu bemühen.“ Abschaffung der Sonderregelung für unter 25-jährige, Sanktionsmoratorium „bis neue faire Regeln etabliert sind“.	<b>Abschaffung der Sanktionen</b> des soziokulturellen Existenzminimums.	Bei SPD kommt Hartz IV insgesamt nur im oben zitierten Satz vor; im Kern der Agenda 2010 keinerlei Revisionen.
<b>Bedarfsgemeinschaften</b>	k.A.	-beim ALG II die Grundlage der Berechnung umstellen von der Bedarfsgemeinschaft hin zur individuellen Existenzsicherung... geht zwar nicht von heute auf morgen, doch wir werden den Wechsel hin zur individuellen Existenzsicherung in der kommenden Legislaturperiode anpacken und mit konkreten Schritten einleiten	Das Konstrukt der <b>Bedarfsgemeinschaften</b> muss abgeschafft werden.	

Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
		ten		
<b>Rhetorik</b>	Agenda 2010 war gut und richtig, „in diesem Prozess auch entstandenen Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung allerdings werden wir korrigieren“ (S. 7).	(deutliche) Reformierung von Hartz IV (Regelsätze, Sanktionen)	<b>Hartz IV muss weg!</b>	
<b>3. Rente</b> <b>Rentenniveau</b>	Derzeitiges Niveau (knapp 50%, KM) durch Stärkung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bis 2020 aufrecht erhalten; Stärkung der betrieblichen Alterssicherung; Riester: effektiver und transparenter machen	Stabilisierung durch Bürgerversicherung, höhere Erwerbsbeteiligung + Maßnahmen für höheres Lohnniveau;	<b>Wiederanhebung des Sicherungsniveaus vor Steuern auf 53%</b> (Stand vor rot-grünen Reformen)	
<b>Mindestrente</b>	Solidarrente: Rente nicht unter 850 € (offen, ob brutto oder netto, Systematik legt netto nahe) für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) als zweite Säule innerhalb der Grundsicherung im Alter (bedürftigkeitsgeprüft	Grüne Garantierente: 850 € (brutto) bei 30 Versicherungsjahren, Einkommensanrechnung, Freibeträge für betriebliche und private Altersvorsorge; innerhalb Rentenversicherung  -Mindestrentenbeiträge für Arbeitslose, Minijobs und bisher nicht versicherungspflichtige Selbständige	<b>Solidarische Mindestrente von 1.050 € netto</b> , keine Anforderungen an Beitrags- und Versicherungsjahre, einkommens- und vermögensgeprüft; steuerfinanziert	
<b>Renteneintrittsalter</b>	Aussetzung der Rente 67 bis 50% der 60-64-Jährigen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind; abschlagsfreier Rentenzugang mit 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren.	Anstieg Rentenalter auf 67 bleibt notwendig; nur vertretbar, wenn Arbeitsmarktchancen stimmen  Schaffung alters- und alternsgerechter Arbeitsbedingungen	<b>Rente erst ab 67 Jahren abschaffen</b> – ohne wenn und aber, spätestens mit 65 abschlagsfrei in Rente  Nach 40 Beitragsjahren wollen wir einen abschlagsfreien Einstieg mit 60 Jahren in die Rente schaffen.	SPD: Abschlagsfreier Rentenzugang mit 63 bei 45 Versicherungsjahren neu (seit November 2012); ca. 1/3 der Neuzugänge würde davon profitieren.
<b>Argumentation</b> <b>Mindestlohn und Altersarmut</b>	8,50 € Mindestlohn reicht auch bei 45 Beitragsjahren nicht für Rente über Grundsicherungsniveau (aktuell Bruttobedarf bei 707 €); allerdings würde Solidarrente greifen (ist	8,50 € Mindestlohn reicht auch bei 45 Beitragsjahren nicht für Rente über Grundsicherungsniveau (aktuell Bruttobedarf bei 707 €), Garantierente würde greifen	<b>10 Euro Mindestlohn reicht bei 45 Beitragsjahren für Rente über Grundsicherungsniveau</b> , nicht aber für Rente über Mindestrentenniveau von 1.050 €	

Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
	aber bedürftigkeitsgeprüft)			
<b>4.Ostdeutschland</b>  <b>Renten und Löhne angleichen</b>	Vereinheitlichung des Rentensystems bis 2020; über Löhne und stufenweise Angleichung; mit der Angleichung Abschaffung der Hochwertung; erster Schritt: Angleichung der pauschal bewerteten Versicherungszeiten (z.B. Kindererziehung); Rentenüberleitungsabschlussgesetz mit Härtefallfonds	Gleichzeitig sollte es möglichst schnell ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West geben. Zentrales Ziel ist dabei die Anhebung des Rentenwertes Ost auf den Rentenwert West. Das soll allerdings so geschehen, dass die bisher erworbenen Rentenansprüche konstant bleiben.“  Wegfall der Hochwertung. Nur Vereinheitlichung der Rechengrößen, nicht tatsächliche Angleichung. Damit würde den Ost-Rentnern jegliche künftige Angleichungsperspektive, die über die Löhne erreicht werden könnte, genommen. Den heute aktiv Versicherten würde außerdem die Hochwertung genommen. Der Vorschlag ähnelt damit dem des Sachverständigenrats von 2008 und dem der FDP. Es geht dabei nicht um gleiche Anerkennung gleicher Lebensleistung, sondern ein Abstellen der Neiddebatte durch einheitliche Rechengrößen	Angleichung auf Westniveau bis 2017;  Beibehaltung der Hochwertung so lange Lohn-differenzen noch stark	
<b>5. Geschlechtergerechtigkeit</b> <b>Equal Pay</b>	Einführung von Entgeltgleichheitsgesetz, Zeitautonomie für Beschäftigte, Familienarbeitszeit mit 30-Stunden-Woche,	Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, Einführung von Entgeltgleichheitsgesetz, Recht auf Teilzeit und auf Rückkehr zu Vollzeit.	<b>Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit</b> , Erwerbsarbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden, Tarifverträge nach geschlechtergerechten Kriterien, Aufwertung von Kinderbetreuung und Pflege durch bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen.	

Wahlprogrammssynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
<b>Quote</b>	40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände, verbindliche Regelungen für Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien,	Verbindliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände, perspektivisch Ausweitung auf andere Betriebsebenen, feste Quoten in Parteien und Parlamenten, Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting.	Ausweitung der 50 Prozent-Quote für den Öffentlichen Dienst auf alle Ebenen, Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft.	
<b>Gleichbehandlung</b>	Gleichheitsrechte im Grundgesetz Art. 3 um sexuelle Identität ergänzen, Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, Gleichstellung bei Steuer und Adoption, Garantie geschlechtlicher Selbstbestimmung und Recht auf körperliche Unversehrtheit trans- und intergeschlechtlicher Menschen.	Öffnung der Ehe und Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare und Gleichstellung bei Steuer, Adoption und Beamtenrecht, rechtliche Anerkennung von geschlechtlicher Uneindeutigkeit, Rezeptfreiheit der "Pille danach", Ächtung von Sexismus in Medien.	Verfassungsrechtliche Gleichstellung der Vielfaltigkeit aller diskriminierungsfreien Familienformen und Lebensweisen für Steuern, Rente und Pflege, Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehe, Anerkennung von Transgender, Streichung von §§ 218, 219 StGB, Rezeptfreiheit der „Pille danach“, Klagerecht für Verbände, öffentliche Verurteilung von Gewalt gegen Frauen.	
<b>6. Gesundheit</b> <b>Krankenhäuser</b>	-Krankenhausfinanzierung so reformieren, dass die flächendeckende Versorgung und Trägervielfalt gesichert und Qualität besser honoriert werden kann (Wettbewerb) - Zweitmeinung von bestimmten Behandlungen verbindlich einführen - Krankenkassen sollen selektive Verträge mit Krankenhäusern abschließen können - dort wo Potentiale existieren, muss die Industrie erneuert und wettbewerbsfähig gemacht werden (Leitmärkte, Infrastruktur, Mobilität, Energie Gesundheit)	k.A.	-Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht und solide finanziert werden. Krankenkassen sollen den Betrieb der Krankenhäuser angemessen sichern -Es darf keine Privatisierung geben. Bereits privatisierte Krankenhäuser wollen wir in öffentliche und nichtkommerzielle Trägerschaften überführen. -Personalmangel in den Krankenhäusern Pflegeheimen, in der ambulanten Versorgung und der häuslichen Pflege muss beseitigt werden	
<b>Solidarische Gesundheitsversicherung („solidarische Bürgerversicherung“)</b>	-Gesundheit und Pflege als Kernaufgabe unseres Sozialstaates, nicht Privatisierung, die immer mehr zur zwei- oder Dreiklassen-Gesellschaft führt	- Die etwa 10% Privatversicherten werden privilegiert und erhalten Vorzugsbehandlungen, Zwei-Klassen-Medizin beenden.	-Abschaffung aller Zusatzbeiträge und Zusatzzahlungen - alle medizinisch notwendigen Leistungen müssen wieder von der Krankenkasse bezahlt werden	

Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
	<ul style="list-style-type: none"> <li>-gleiche solidarische Wettbewerbsbedingungen für alle Krankenkassen (auch für PKV)</li> <li>- Krankenvoll- und Pflegeversicherung für alle Bürger_innen einführen</li> <li>- verbindliche Einführung für alle Neu- und bislang gesetzlich Versicherten</li> <li>- Arbeitgeber sollen wieder den gleichen Beitrag leisten wie Beschäftigte, die „tatsächliche Parität“ zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern muss wiederhergestellt werden. Das bedeutet eine Umdeutung der Parität: bezieht sich auf die Lohnsumme des Unternehmens, bedeutet nicht 50 % AG und 50 % AN für die jeweiligen Beschäftigten</li> <li>- Einführung einer <b>stetig ansteigenden Steuerfinanzierung</b> soll mehr Nachhaltigkeit erreichen</li> <li>- einheitlicher solidarischer Wettbewerbsrahmen für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen (Wettbewerb der besten Qualität).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beitragsbemessungsgrenze auf das in der Rentenversicherung geltende Niveau anheben</li> <li>- bezieht alle Bürgerinnen und Bürger ein</li> <li>- Krankenkassen entscheiden selbst über die Höhe der Beiträge</li> <li>- Zuzahlungen werden abgeschafft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- effektive Begrenzung der Arzneimittelpreise (Behörden sollen Preise festlegen)</li> <li>- Konstanter Krankenkassenbeitragssatz von etwas über 10 Prozent</li> <li>-Abschaffung der privaten Vollversicherung</li> <li>- bei Einkommen aus Gehältern und Löhnen zahlt der Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge, bei Renten trägt die Hälfte die Rentenversicherung den Beitrag</li> </ul>	
<p><b>7. Familie</b></p> <p><b>Kinderarmut</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- es soll ein einkommensabhängiges Kindergeld eingeführt werden, dass den bisherigen Kinderzuschlag integriert (S.46)</li> <li>-Familien mit einem Einkommen unter 30.000 Euro sollen ein bis zu 140 Euro erhöhtes Kindergeld erhalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hartz IV Regelsätze sollen neu berechnet und erhöht werden.</li> <li>- Alle Kinder sind gleich viel wert, deswegen soll es eine Kindergrundsicherung als eigenständige Existenzsicherung für Kinder geben (Grüne Kindergrundsicherung)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Elterngeld darf nicht auf Transferleistungen wie Hartz IV angerechnet werden</li> <li>- <b>Grundsicherung für Kinder</b> und Jugendliche, die sich am tatsächlichen verfassungsrechtlichen Existenzminimum orientiert. Dieses liegt derzeit bei <b>536 Euro</b>.</li> <li>Als Sofortmaßnahme: <b>Kindergeld auf 200 Euro</b></li> </ul>	



Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
	ten. Alle anderen erhalten 184 Euro. Für die Refinanzierung sollen die gesamten Familienleistungen überprüft werden. (S.46) -> SPD-Begrifflichkeit: sozialdemokratische Kindergrundsicherung	- Wir wollen das unsinnige Bildungs- und Teilhabepaket abschaffen. Stattdessen wollen wir als ersten Schritt zur Kindergrundsicherung die Kinderregelsätze erhöhen sowie in die Bildungs- und Teilhabeinfrastruktur investieren. - Anrechnung des Elterngeldes wieder rückgängig machen.	<b>erhöhen</b> - Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe müssen rückgängig gemacht zu werden	
<b>Ehegattensplitting</b>	-Ehegattensplitting soll ab einem Stichtag nicht mehr für künftige Ehen gelten, stattdessen sollen beide Partner individuell besteuert werden, aber dabei sollen die gegenseitigen Unterhaltspflichten berücksichtigt werden. (S.48) - Familiensplitting wird abgelehnt (S. 48)	Ehegattensplitting soll durch eine Individualbesteuerung ersetzt werden mit einem übertragbaren Existenzminimum. Übergang soll sozialverträglich gestaltet werden, in dem die Splittingvorteile gedeckelt werden, dieser Deckel soll abgebaut werden.	<b>Abschaffung.</b> Stattdessen wollen wir eine individuelle Besteuerung einführen. Damit Lebensgemeinschaften mit Kindern nicht schlechter gestellt werden, wollen wir mit den Einsparungen das Zusammenleben mit Kindern fördern	
<b>Kita</b>	- Ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz soll umgesetzt werden d.h. Ganztagskindergarten, Ganztagschulen  - dieses Angebot soll flächendeckend sein	- Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung soll ausgeweitet werden	- <b>bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung für Kinder</b> , die ihren unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen gerecht wird -alle Kinder von einem Jahr haben einen <b>Rechtsanspruch</b> auf einen Kita-Platz - <b>kostenloses und hochwertige Essenversorgung</b> für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kinderbetreuung - flexible Öffnungszeiten bei Betreuungseinrichtungen	SPD und Grüne setzen vor allem auf den neu einzuführenden Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung  - DIE SPD verzichtet in dem beschlossenen Wahlprogramm auf eine Jahreszahl im Bezug auf einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz  - Auch soll das Ganztagsbetreuungsangebot nur noch flächendeckend sein.

Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
<b>Betreuungsgeld</b>	Soll abgeschafft werden	Soll abgeschafft werden	Betreuungsgeld ersetzen durch flexiblen Elterngeldanspruch von 12 Monaten pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende) Das Elterngeld soll zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto weiterentwickelt werden. Elterngeld soll auch in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes genommen werden können und gleichzeitig von beiden Elternteilen.	
<b>8. Steuern</b> <b>Vermögenssteuer</b>	Ja, aber Betriebsvermögen offen gelassen  -Freibetrag: 2 Mio. € (ggf. mit Abschmelzung auf Sockelfreibetrag i.H.v. 500.000 €) -Steuersatz: 1% Aufkommen: 10-12 Mrd.	Nein.	Ja, <b>Millionärsteuer.</b>  -Freibetrag: 1 Mio. Für betriebsnotwendiges Sachvermögen von Einzelunternehmern und Personenunternehmen gilt ein Freibetrag von 5 Mio. -Steuersatz: 5% <b>-Aufkommen: 80 Mrd.</b>	
<b>Vermögensabgabe</b>	Nein.	Ja, zur Rückführung der Staatsschulden (Laufzeit 10 Jahre) -Freibetrag: 1 Mio. (für Betriebsvermögen 5 Mio. und Begrenzung der Belastung für Betriebsvermögen auf max. 35% des Gewinns) -Steuersatz: 1, 5% -Aufkommen: 10 Mrd./Jahr	Ja, aber nur einmalig zur Rückführung der Staatsschulden.  -Freibetrag: 1 Mio., Betriebsvermögen: 2 Mio. -Steuersatz: progressiv, 10% ab 1 Mio., 20% ab 10 Mio., 30% ab 100 Mio. <b>-Aufkommen: einmalig 300 Mrd.</b>	
<b>Erbschaftsteuer-Reform</b>	Nein, keine grundsätzliche.	Nur Absichtserklärung, keine Details -Mehreinnahmen: ca. 4 Mrd.	Ja.  -Mehreinnahmen: 7 Mrd.	
<b>Finanztransaktionssteuer</b>	Ja. -Ausgestaltung: alle Transaktionen -Mehreinnahmen in BRD: k.A.	Ja. -Ausgestaltung: k.A. -Mehreinnahmen in BRD: k.A.	Ja. -Ausgestaltung: alle Transaktionen -Steuersatz 0,1% -Mehreinnahmen in BRD: 30 Mrd.	

Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
<b>Einkommensteuer</b>	- <b>SPD entlastet niemanden.</b> Wer mehr als 5.400 € im Monat zu versteuern hat wird belastet. -Spitzensteuersatz: 53 %	Wer weniger als 5.000 € im Monat zu versteuern hat, wird entlastet, wer mehr verdient wird belastet. -Spitzensteuersatz: 49%	Wer weniger als 5.700 € im Monat zu versteuern hat, wird entlastet, wer mehr verdient wird belastet. <b>(„Steuerbauch wird abgespeckt“)</b> - <b>Spitzensteuersatz: 53%</b> Ab 1 Mio.: 75 % ( <b>Reichensteuer</b> )	<b>Alleinstellungsmerkmal der LINKEN: Massive Entlassung der Durchschnittsverdienenden</b>
<b>Abgeltungsteuer</b>	-Beibehaltung; Anhebung des pauschalen Steuersatzes von derzeit 25% auf 32%	Wie LINKE	Abschaffung. -stattdessen Besteuerung mit dem persönlichen Einkommensteuersatz	Das heißt: <b>Die SPD möchte weiterhin Kapitaleinkommen geringer besteuern als Lohneinkommen.</b>
<b>Ehegattensplitting</b>	-Ersetzung durch „Partnerschaftstarif“ ab einem Stichtag: Öffnung der existierenden Optionsmöglichkeit zur Anwendung des begrenzten Realsplittings zwischen Geschiedenen für alle Eheleute und LebenspartnerInnen (= Übertragbarkeit eines Unterhaltsentlastungsbetrags in Höhe von maximal 13.805 Euro)	-Ersetzung durch übertragbares Existenzminimum (Grüne: 8.700 €) -Übergangsregelung: am Anfang Deckelung des Splittingvorteils für Haushalte mit einem Einkommen von mindestens 60.000 €; dann schrittweise Abbau der Deckelung	<b>Abschaffung.</b> Stattdessen wollen wir eine individuelle Besteuerung einführen. Damit Lebensgemeinschaften mit Kindern nicht schlechter gestellt werden, wollen wir mit den Einsparungen das Zusammenleben mit Kindern fördern.	
<b>Unternehmensbesteuerung</b>	-keine Veränderung	Subventionsabbau für große Unternehmen (mit zwei Beispielen)	- <b>Körperschaftsteuer:</b> Anhebung Steuersatz von 15 auf 25%; Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (mit Beispielen) -Mehreinnahmen aus der Unternehmensbesteuerung: 35 Mrd.	
<b>Managervergütung/Höchsteinkommen</b>	-Begrenzung des Betriebsausgabenabzugs auf maximal 50 Prozent der Beträge, die 500.000 € übersteigen	- Abschaffung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Jahresgehältern über 500.000 Euro.	- Abschaffung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Jahresgehältern über 500.000 Euro. Perspektivisch: 1:40 von gesellschaftlichem Mindesteinkommen und Höchsteinkommen, 1:20 betriebsintern	
<b>9. Mieten</b> <b>Mietobergrenzen</b>	-die Mietpreisspirale bremsen und für effiziente, bezahlbare	Der größte Preistreiber sind aktuell die Wiedervermietungsmieten. Sie sollen künftig nicht höher als	<b>Wir wollen die Mieten deckeln:</b> Der Mietspiegel muss sich an den Bestandsmieten orientieren. Die	

Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
	<p>und städtebaulich verträgliche neue Wege bei der energetischen Sanierung sorgen.</p> <p>-umgehend die Einschränkung von Mieterrechten rückgängig machen. Die Kosten für Sanierungen dürfen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern angelastet werden.</p> <p>„Obergrenze für Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen von maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete eingeführt werden. Erstvermietungen von neugebauten Wohnungen sind davon grundsätzlich ausgenommen.“</p>	<p>10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen, wo Wohnraumangel herrscht. In laufenden Verträgen bremsen wir den Mietanstieg durch die Drosselung der regelmäßigen Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete. Auch im Zuge der Modernisierung senken wir die Mieterhöhung auf maximal 9% der Kosten pro Jahr und beschränken sie auf die energetische Sanierung sowie altersgerechten Umbau. Den Kommunen geben wir bessere Instrumente an die Hand, in dem wir das baugesetzbuch reformieren, so dass auch die Einführung von Mietobergrenzen und erweiterten Schutz vor den Nachteilen der Eigentumsu mwandlung möglich sind.</p> <p>„Wiedervermietungsmieten ... sollen künftig nicht höher als 10 % über der ortsüblichen, Vergleichsmiete liegen dürfen, wo Wohnraumangel herrscht“ [S. 266] NEU Beschluß des Länderrats am 6.7.: „Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete sollen bei laufenden Verträgen auf maximal 15 % in vier Jahren begrenzt werden.“</p>	<p>Kommunen erhalten das Recht, auf der Grundlage dieser Mietspiegel <b>Höchstmieten</b> festzulegen, um den Preisanstieg zu stoppen. Die Nettokaltmiete in bestehenden Mietverhältnissen darf ohne maßgebliche Wohnwertverbesserung grundsätzlich nur <b>im Rahmen des Inflationsausgleiches</b> maximal bis zur Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete erhöht werden. <b>Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung sind unzulässig.</b> Wir wollen erreichen, dass Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen <b>nicht mehr als 30 Prozent</b> ihres Nettoeinkommens für angemessenen Wohnraum ausgeben müssen.</p>	
<b>Sozialer Wohnungsbau</b>	<p>Bürger/innen-Projekt: „Sozialer Wohnungsbau muss ausgebaut werden, auch für altersgerechte Wohnungen. Wir werden</p>	<p>Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland um fast ein Drittel gesunken - mit entsprechenden Folgen für die MieterInnen. Doch nun</p>	<p><b>Der soziale Wohnungsbau muss wiederbelebt</b> und neu ausgerichtet werden. Er soll öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungs-</p>	

Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
	den sozialen Wohnungsbau und den genossenschaftlichen Gedanken stärken, damit gerade auf angespannten Wohnungsmärkten mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht.	stellt sich die Frage der Sicherung sozialer und öffentlicher Wohnungsbestände neu. Der Bund soll die Länder und Kommunen besser beim sozialen Wohnungsbau und gezielten Ankäufen in innerstädtischen Lagen unterstützen. Die Kompensationsmittel des Bundes sollen bis 2019 weiterhin an die Bundesländer zweckgebunden gezahlt werden. Anders als in den 70er Jahren dürfen aber keine Ghettos am Stadtrand hochgezogen werden, denn Sozialwohnungen gehören in lebendige Stadtteile.	bau fördern. Die Fördermittel dafür müssen dauerhaft erhöht und nicht am privaten Kapitalmarkt refinanziert werden. Privatinvestoren, die öffentliche Förderung in Anspruch nehmen, wollen wir zum anteiligen Bau von Sozialwohnungen verpflichten. Die Mietpreisbindung muss unbefristet sein. Mindestens <b>150000 Mietwohnungen mit Sozialbindung</b> müssen jährlich entstehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese bedarfsgerecht, barrierefrei und energieeffizient geplant werden	
<b>Maklercourtage</b>	Wir werden die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter, machen.	Auch die Maklergebühren sind vielerorts zu einem echten Kostenfaktor geworden. Deshalb soll den Makler oder die Maklerin bezahlen, wer ihn oder sie bestellt.	Maklerprovisionen sind grundsätzlich vom Auftraggeber zu tragen. Wenn ein Vermieter einen Makler beauftragt, dann dürfen die Kosten nicht auf die Mieter umgelegt werden.	
<b>10. Rekommunalisierung / öffentliches Eigentum</b>	Unterstützung von Infrastrukturen in der Hand von Städten, Gemeinden und Kreisen und Verbesserung von Rahmenbedingungen zur Kommunalisierung. - widersprechen Privatisierungen insbesondere, wo sie den Zugang zu den öffentlichen Gütern behindern und das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen. -Privatisierungen dürfen nicht gegen	Unterstützung der Städte und Gemeinden bei Klima- und Energiekonzepten, Ausbau von Erneuerbaren und Kraft-Wärme-Kopplung, Rekommunalisierung von Energieversorgung und Verteilnetze, Energieerzeugung in Bürgerhand, mehr Beteiligung der Öffentlichkeit.	<b>Privatisierung und Public-Private-Partnership-Projekte stoppen.</b> Rekommunalisierung privatisierter Bereiche der Daseinsvorsorge. Ausweitung der Mitbestimmung von Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Stärkung kommunaler Stadtwerke und genossenschaftlicher Versorger bei der Strom- und Wärmeerzeugung. Stadtwerke müssen neue Formen transparenter Betriebsführung und demokratischer Beteiligung etablieren.	

Wahlprogrammssynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
	den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden. - für leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst mit einem modernen Berufsbeamtentum			
<b>11. Frieden Abzug aus Afghanistan</b>	Nein. Neues Mandat mit Schwerpunkt Ausbildungsmission.	Verbleib in Afghanistan nur im Rahmen einer UN-mandatierten Ausbildungsmission, Stärkung des zivilen Engagements.	<b>Sofortiger, vollständiger und bedingungsloser Abzug.</b>	Alleinstellungsmerkmal
<b>Verbot von Rüstungsexporten</b>	Keine Verbote. Genehmigungsgrundlagen bleiben, wie sie sind, mehr Transparenz, parlamentarisches Kontrollgremium.	Teilweise Verbote. Verbot von Hermes-Bürgschaften und Export von Produktionslizenzen an Drittstaaten, mehr Transparenz, Endverbleibskontrolle, parlamentarisches Kontrollgremium.	<b>Ja, ohne Ausnahme.</b>	Alleinstellungsmerkmal
<b>12. sozial-ökologischer Umbau  Atomausstieg</b>	-keine Bewertung des Ausstiegsbeschlusses	-Beschleunigung des Atomausstiegs nicht explizit benannt (s.o.). -Keine Hermesbürgschaften für AKW-Projekte im Ausland. Atommüll-Exporte ins Ausland verbieten	-Der <b>Ausstieg aus der Atomwirtschaft unumkehrbar im Grundgesetz fest-schreiben; AKW sofort abschalten.</b> -Import und Export von Atommüll verbieten <b>-Nein zu Gorleben.</b>	Alleinstellungsmerkmal
<b>Kohlekraftwerke</b>	Im WP: „Wir setzen aber ebenso (noch) auf konventionelle Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke, als Brückentechnologie, solange wir sie brauchen.“	-Kohle hat keine Zukunft. -Bergrecht ändern, um neue Braunkohletagebaue zu verhindern -gegen neue Kohlekraftwerke --für den Kohleausstieg bis 2030.	-Kohleausstieg bis 2040 per Kohleausstiegsgesetz -keine neue Kohlekraftwerken -feste Restlaufzeiten sollen zudem für ein schrittweises Abschalten der bestehenden Kohlkraftwerke sorgen -Änderung des Bundesberggesetzes	
<b>Fracking</b>	„Verzicht des Einsatzes von Fracking, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen sind. Dieses Moratorium solange gelten, bis Fracking-Methoden ohne den Einsatz giftiger Chemikalien (...) zur Verfügung stehen.“	„Wir wollen ein „Fracking“-Moratorium, bis diejenigen, die es wollen, nachgewiesen haben, dass es unschädliche ist.“	<b>Verbot von Fracking</b>	

Wahlprogrammssynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
<b>Erneuerbare Energien (Ausbauziele)</b>	-40-45 % am Stromverbrauch bis 2020 75 % am Stromverbrauch bis 2030 20 % am Wärmebedarf	-mind. 50% am Stromverbrauch bis 2022 -100% am Stromverbrauch bis 2030 -100% Wärme & Verkehr bis 2040 -EU-Anteil Erneuerbare 45% bis 2030	-50% am Stromverbrauch bis 2020	
<b>Strompreisaufsicht</b>	Strompreise sollen gesenkt, Strompreissystem neu gefunden werden, aber nichts Konkretes.	„Wir wollen ... die Stromversorger zur Weitergabe gesunkener Börsenpreise an ihre Kunden bringen.“	„Die Gestaltung der Strompreise muss effektiv überwacht werden. Der zuständigen staatlichen Behörde soll dafür ein Beirat zur Seite gestellt werden, in dem Verbraucher, Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften vertreten sind.“	
<b>Stromsperren</b>	k.A.	Gesetzliche Einschränkung von Gas- und Stromsperren für Privathaushalte, Pflicht für Versorger Ratenzahlungsvereinbarung oder Einsatz von Vorkassenzählern anzubieten statt Strom oder Gas zu sperren.	<b>Verbot von Stromsperren:</b> „Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden.“	
<b>Soziale Strompreistarife</b>	„Die Stromsteuer muss spürbar gesenkt werden. Wir wollen eine von der Steuer weitestgehend befreite Grundversorgung einführen.“	Regelsätze von Arbeitslosengeld II, Grundrente und BAföG an gestiegene Strompreise anpassen	„Energieversorger werden dazu verpflichtet, einen <b>Sockeltarif</b> für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein <b>kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent</b> an Strom erhält.“	Alleinstellungsmerkmal, dass wir hier die Energiekonzerne in die Pflicht nehmen.
<b>12. Demokratie</b> <b>Bürger- und Volksentscheide</b>	„Wir wollen mehr Mitwirkungsrechte der Menschen bei der politischen Willensbildung. Dazu werden wir auf auch Bundesebene <b>Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide</b> einführen.  Wir wollen mehr Menschen an der politischen Willensbildung teilhaben lassen und setzen uns dafür ein, dass Menschen, die unter umfassender Betreuung stehen, das Wahl-	„Das erfolgreiche Instrument der „öffentlichen Petition“ wollen wir als eine Form der Bürgergesetzgebung weiterentwickeln.“  „...dreistufige Volksgesetzgebung mit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.“	„Wir wollen, dass endlich auch auf Bundesebene Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide mit niedrigen Zugangshürden sowie bürgerfreundlichen Abstimmungshürden (Straßensammlung, Briefwahl u.a.) stattfinden können.“  „Wir wollen, dass Wasser und andere Güter der Daseinsvorsorge unverkäuflich sind. Bis das durchgesetzt ist, müssen als Privatisierungsvorhaben den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden“	<b>Alleinstellungsmerkmal: Privatisierungsbremse</b>

Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
	recht nicht automatisch entzogen wird.“			
<b>Wahlrecht</b>	-Wahlalter 16 -Kommunales Wahlrecht für alle, die seit 5 Jahren hier leben	-Wahlalter 16 -kommunales Wahlrecht für alle	„Wir wollen das Wahlrecht ab der Vollendung des 16. Lebensjahres <b>und für alle seit fünf Jahren hier lebenden Menschen.</b> “	
<b>Lobbyismus und Parteispenden</b>	Lobbyregister auf gesetzlicher Grundlage beim Deutschen Bundestag, , - „legislative Fußspur“ zur Nachvollziehung von Einfluss, externer Berater bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, - jährlicher Transparenzbericht zu externen Mitarbeitern in Bundesverwaltung, - Abgeordnetenbestechung unter Strafe stellen - Ratifizierung der UN-Antikorruptionskonvention, Höchstgrenze von Parteispenden auf 100.000 Euro - Karenzzeit für ausscheidende Regierungsmitglieder und Verhaltenskodex mit Genehmigung der Tätigkeit durch Ethikkommission bzw. Bundeskanzlerin.	Verpflichtendes Lobbyregister im Bundestag - Karenzzeit für ausscheidende Regierungsmitglieder und Führungspersonal in Ministerien - keine Lobby-Mitarbeiter in Ministerien, - Transparenzgesetz für Parteispenden, - Offenlegungspflicht für Rüstungsunternehmen von Partei- und Mandatsträgerspenden, - mehr Transparenz von Abgeordneten-Nebeneinkünften, - Abgeordnetenbestechung unter Strafe stellen, Ratifizierung der UN-Antikorruptionskonvention.	Verbindliches und transparentes Lobbyregister, - Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in Bundesministerien und - bei Vollzeitparlamenten - von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen, - Abgeordnetenbestechung unter Strafe stellen, - Wartezeit von fünf Jahren für Bundesministerinnen und Bundesminister, parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, - Veröffentlichung der Nebenverdienste von Abgeordneten auf Euro und Cent, - Verbot von Parteiensponsoring, Begrenzung von Spenden von Privatpersonen auf 25.000 Euro.	
<b>13.Krise und Europa</b> <b>„Rettungspakete“</b>	Bisher alle „Pakete“ mitgetragen. Für die Zukunft: Europäischer Schuldentilgungsfonds, Gemeinsame Wirtschaftsregierung, Europäischer Investitions- und Aufbaufonds.	Bisher alle „Pakete“ mitgetragen. Für die Zukunft: Schuldentilgungspakt, Solidarunion statt Haftungsunion, langfristige Einführung von Eurobonds, Vertragsänderungen für gemeinsame Anleihen unter strengen Auflagen.	Ablehnung der aller „Pakete“, weil Banken, nicht Menschen gerettet wurden. Alternativen: Direktfinanzierung der Staaten durch die EZB, Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen, Stopp der Kürzungsprogramme.	



Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
<b>Bankenregulierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Europäische Bankenaufsicht</li> <li>- Gemeinsame Abwicklungsregeln für Banken mit durch Bankenabgabe finanzierten Restrukturierungsfonds,</li> <li>- strengere Eigenkapitalvorschriften,</li> <li>-Trennung von Investment- und Geschäftsbanken,</li> <li>-stärkere Haftung und Risikovorsorge,</li> <li>-gleiche Regulierung von Schattenbankensystem wie reguläre Akteure,</li> <li>- Verbot schädlicher Finanzprodukte,</li> <li>-besserer Verbraucherschutz,</li> <li>-Begrenzung Hochfrequenzhandel und Spekulation mit Nahrungsmitteln &amp; Rohstoffen</li> <li>-Strengere Regeln für Ratingagenturen</li> <li>- Europäische Ratingagentur,</li> <li>-Langfristorientierung von Vergütungs- und Bonisystemen.</li> <li>- Bankautomatengebühren auf maximal zwei Euro deckeln</li> <li>- angemessene Dispozinsen von maximal acht Prozent über Basiszinssatz</li> <li>-Zugang zu einem preiswerten Pfändungsschutzkonto erleichtern.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bankenunion</li> <li>-EU-Mechanismus zur Abwicklung von Krisenbanken plus Einlagensicherungssystem</li> <li>-Schuldenbremse für Banken mit Erhöhung der Eigenkapitalquoten</li> <li>- Größenbremse für Banken</li> <li>- Stärkung des deutschen Drei-Säulen-Banksystems</li> <li>-Trennbankensystem</li> <li>- Regulation des Schattenbanksektors wie der reguläre Sektor</li> <li>-EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung</li> <li>-mehr Haftung von Ratingagenturen und Einfluss zurückdrängen</li> <li>- Aufbau einer unabhängigen Agentur in Europa.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bankenabgabe</li> <li>- automatische Meldepflichten für Nichtkooperation,</li> <li>- mehr Strafverfolgung, Kapitalverkehrskontrollen.</li> <li>-Umbau und Schrumpfung des Bankensektors: Konzentration auf zuverlässigen und kostengünstigen Zahlungsverkehr, Sparen und Kreditversorgung.</li> <li>-Offenlegung von Verlustrisiken, separate Auslagerung gefährdeter Vermögenswerte zu Marktpreisen, Insolvenzverfahren und Neustrukturierung mit Eigentümerhaftung vor Gläubigerhaftung.</li> <li>- Einlagensicherung von Privaten bis 100.000 Euro.</li> <li>-Öffentliche, Europäische Rating-Agentur,</li> <li>- Abwicklung von Investmentbanking, Schattenbanken, außerbilanziellen Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften,</li> <li>- Limit von Dispo-Zinsen auf fünf Prozent oberhalb des Zentralbankzinssatzes.</li> </ul>	
<b>Verursacher zur Kasse bitten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Finanztransaktionssteuer, Vermögenssteuer</li> <li>- Beteiligung an den Kosten durch Rückforderung von Boni, einbehalten von Dividenden und Eigentums-</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Finanztransaktionssteuer</li> <li>- Vermögensabgabe etc. (siehe Steuerkonzept unter Punkt 6),</li> <li>- Europäischer Steuerpakt,</li> <li>- Staatsinsolvenzverfahrens,</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>EU-weite Vermögensteuer und Vermögensabgabe</li> <li>- Finanztransaktionsteuer von 0,1 Prozent pro Transaktion,</li> <li>-EU-weite einmalige Abgabe auf große Vermö-</li> </ul>	

Wahlprogrammsynopse	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	Bemerkung
	verzicht	<ul style="list-style-type: none"> <li>- teilweise Umwandlung von Bankanleihen in haftendes Kapital,</li> <li>- mehr persönliche Haftung.</li> </ul>	<p>gen, in Deutschland einmalige 10-Prozent-Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro, bei Betriebsvermögen zwei Millionen Euro, 20 Prozent ab 10 Millionen Euro, 30 Prozent ab 100 Millionen Euro.</p> <p>Mehreinnahmen: einmalig mindestens 300 Milliarden Euro,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- EU-weite Vereinheitlichung der Unternehmensbesteuerung.</li> </ul>	